

## Untersuchung eingeleitet

Die heftige Kritik am Polizeieinsatz zur Verhinderung einer unbewilligten Anti-WEF-Demo in Basel hat Folgen: Der Basler Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP) hat gestern eine Administrativuntersuchung eingeleitet.

Regierungsrat Gass liege seit Freitagmorgen die erste Auslegung der Polizeileitung zu den Vorgängen vom letzten Samstag vor, teilte das Basler Sicherheitsdepartement am Freitag mit. Nun habe der Sicherheitsdirektor alt Strafgerichtspräsident Christoph Meier mit einer Administrativuntersuchung beauftragt. Deren Ergebnis soll Ende Februar vorliegen.

### «Dringend angezeigt»

Nach dem Polizeieinsatz zur Verhinderung der WEF-Demo erachtet Gass eine grundlegende Aufarbeitung der Sach- und Rechtslage für «dringend angezeigt». Alle im Raum stehenden Vorwürfe und Fragen müssten bis ins Detail geklärt werden, heisst es im Communiqué. Dies liege im Interesse des Rechtsstaates, der betroffenen Bürger und auch der Polizei selbst.

In der Mitteilung attestiert das Sicherheitsdepartement der Basler Polizei, dass ihr Einsatz sein Ziel erreicht habe. Personen- und Sachschäden seien erfolgreich vermieden worden, und eine unbewilligte Demonstration habe nicht stattfinden können. Die nun eingeleiteten Abklärungen müssten jedoch unabhängig davon erfolgen.

### Unschuldige festgenommen

Die Basler Polizei steht derzeit im Schussfeld der Kritik, weil sie letzten Samstag zur Verhinderung der Anti-WEF-Demo neben anderen auch Unschuldige während Stunden in Gewahrsam genommen haben soll. Darunter befand sich neben Journalisten und Jugendlichen auch eine Gruppe von tschechischen Architekturstudenten. *sda*

## Fronten sind verhärtet

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) unterstreicht ihren Widerstand gegen die Personalpolitik des Bundesrats und wirft Finanzminister Merz mangelnde Verhandlungsbereitschaft vor.

Die in der Verhandlungsgemeinschaft vertretenen Gewerkschaften PVB, Garanto und VPOD haben an einer Zusammenkunft der Verbandsspitzen beschlossen, die sogenannte «Gemeinsame Absichtserklärung» mit dem Bundesrat zur Personalpolitik für die laufende Legislaturperiode nicht zu unterschreiben, wie sie gestern in einer Mitteilung bekannt gaben.

Gleichzeitig sei über Mobilisierungsaktionen beraten worden, heisst es weiter. Die VGB wolle nicht so tun, als ob es zu allen wichtigen Personalanliegen beim Bund Verhandlungslösungen gebe, wenn Bundesrat Merz bei der Revision des Bundespersonalgesetzes, bei dem es sich um das wichtigste personalpolitische Projekt der Legislatur handle, schon nach einer Verhandlungsrunde weitere Gespräche verweigere.

### Rechtssicherheit verlangt

In einem Brief an Merz begründeten die Gewerkschaften diese Haltung und wiederholten gleichzeitig ihre Vorbehalte zur Gesetzesrevision. Vom Bundesrat erwarten sie eine Begründung, weshalb das Gesetz nach nur sechs Jahren bereits wieder revidiert werden solle.

Die VGB verlangt weiterhin Beschäftigungs- und Rechtssicherheit für die Bundesangestellten, nachvollziehbare Begründungen bei Kündigungen, Rücksicht auf die spezielle Treuepflicht im Dienst der Bürger und besondere Kündigungsfristen für nur beim Bund existierende Berufskategorien. «Darüber muss verhandelt werden können, alles andere ist nicht Sozialpartnerschaft, sondern Diktat», halten die Gewerkschaften fest. *sda*

# SVP wird Referendum ergreifen

Die Partei bekräftigte gestern ihre europapolitischen Forderungen

Weil ihre Forderungen politisch chancenlos sind, wird die SVP in den Abstimmungskampf gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ziehen. Sie macht damit Christoph Blochers Drohung wahr.

Von GREGOR POLETTI

Gestern trat die SVP-Spitze vor die Medien, um die von alt Bundesrat Christoph Blocher an der Albiggüetli-Tagung vorgezeichneten europapolitischen Forderungen zu bekräftigen und konkretisieren. Doch wie realistisch sind die Hauptforderungen?

### Die Forderungen

**Kontingentsdauer:** Die SVP verlangt eine Verlängerung der Kontingentsfrist um fünf auf zwölf Jahre. Interessant ist, dass Blocher als damals zuständiger Justizminister nicht auf längere Kontingentsfristen gedrängt hatte. Eine Änderung wäre derzeit theoretisch noch möglich, weil erst eine politische Einigung besteht, die Verträge aber noch nicht parafiert und unterzeichnet sind. Doch das wird in den nächsten zwei, drei Wochen passieren und der Bundesrat wird von seiner ausgehandelten Lösung nicht mehr abweichen. Somit werden die Räte das Vertragswerk entweder gesamthaft ablehnen oder bejahen müssen. Am Dossier schrauben kann das Parlament nicht mehr. Dieses wird die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien annehmen. Die anderen Parteien haben dies bereits klar signalisiert. Also muss die SVP das Referendum ergreifen.

### Souveränität sichern

**Steuerstreit:** Die SVP will die Personenfreizügigkeit mit dem Steuerstreit verbinden. Konkret: Die EU müsse eine unwiderrufliche, verbindliche Erklärung abgeben, dass sie die Souveränität der Schweiz, insbesondere im Steuerbereich, nicht weiter in Frage



SVP-Nationalrätin Yvette Estermann und Parteipräsident Ueli Maurer an der gestrigen Medienkonferenz.

Bild Keystone

stelle. Sonst ergreift die SVP das Referendum. Der Bundesrat wird diese Position nicht übernehmen, das haben Äusserungen verschiedener Exponenten der Landesregierung klargemacht. Der zuständige Finanzminister Hans-Rudolf Merz sprach gar von einer perversen Forderung, die hochriskant sei. Die EU ihrerseits hat keinerlei Interesse, sich auf eine solche Verknüpfung einzulassen. Also muss die SVP das Referendum ergreifen.

### Die Folgen

Somit steht fest, dass die SVP so oder so das Referendum gegen die Ausdeh-

nung der Personenfreizügigkeit ergreifen wird. Dieses wird sicher zu Stände kommen, sodass das Schweizer Stimmvolk nächstes Jahr darüber abstimmen wird.

### Weitere bilaterale Schlacht

Entweder die SVP, die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) oder die Schweizer Demokraten werden auch das schon heute wirksame Personenfreizügigkeitsabkommen zur Abstimmung bringen. Somit dürfte es im Frühling 2009 zu einer weiteren bilateralen Schlacht an der Urne kommen. Denn die beiden Refe-

renden werden am gleichen Tag traktandiert werden.

Für die CVP und die FDP, welche bedingungslos hinter der Ausdehnung stehen, gilt es nun, die SP und die Gewerkschaften ins Boot zu holen. Diese verlangen bei den flankierenden Massnahmen eine Verstärkung der Kontrollen gegen das Lohndumping. Bisher markieren die beiden Mitteparteien noch keinerlei Entgegenkommen.

Doch ein Kompromiss wird wohl noch erreicht werden, denn CVP und FDP sind im Abstimmungskampf auf die Linke angewiesen, wollen sie auf der Siegerseite stehen.

## Unternehmen im Visier

Weko geht gegen sechs Elektroinstallationsfirmen vor

Die Wettbewerbskommission untersucht, ob sich sechs Berner Elektroinstallationsfirmen unerlaubterweise abgesprochen haben. Sie hat Hausdurchsuchungen durchgeführt. Einige der Firmen legten sofort die Karten offen.

Von STEFAN SCHNYDER

Die oft als zahnlos kritisierte Wettbewerbskommission (Weko) fuhr am Donnerstag in Bern mit grobem Geschütz auf: Eine Einsatztruppe von 70 Personen führte bei sechs Elektroinstallationsfirmen und dem Sekretariat des kantonalen und des stadtbernerischen Branchenverbandes Hausdurchsuchungen durch. Die Weko-Beamten wurden begleitet von Polizisten und von Informatikspezialisten. Sie stellten Computer und sonstiges Beweismaterial sicher.

Die Unternehmen und Branchenverbände sollen sich untereinander abgesprochen haben, um bei Ausschreibungen die Eingaben oder Eingabesummen zu koordinieren beziehungsweise um Bauprojekte oder Kunden aufzuteilen, wie die Weko gestern mitteilte. «Es geht um grössere Firmen und grössere Aufträge», sagte Weko-Direktor Rafael Corazza gestern. Unter «grösser» verstehe er Aufträge mit einem Volumen von über 100000 Franken. Die Weko vermutet, dass es auch bei der Arbeitsvergabe für die Baustelle beim Berner Bahnhofplatz zu Unregelmässigkeiten gekommen ist. Sie prüft nun, was an diesen Vorwürfen dran ist.

### Zwei Namen sind bekannt

Um welche Unternehmen es sich handelt, wollte Corazza gestern nicht sagen. Von der Hausdurchsuchung betroffen war die Atel Gebäudetechnik West AG, eine Tochtergesellschaft des Oltner Energiekonzerns Atel, wie Unternehmenssprecher Andreas Meier bestätigte. Die Büroräumlichkeiten in



Unsaubere Praktiken bei Elektroinstallateuren? Die Weko ermittelt.

Bild Thomas Peter

Bern seien durchsucht worden, erklärte er. Weiter wollte er den Sachverhalt indes nicht kommentieren.

Wie diese Zeitung in Erfahrung bringen konnte, ist auch die Scherler AG an der Papiermühlestrasse in Bern ins Visier der Weko geraten. Rund zehn Beamte haben dort am Donnerstag eine Hausdurchsuchung durchgeführt und die Computer blockiert. Firmenchef Christoph Eymann war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Nicht von der Untersuchung betroffen ist dagegen die BKW Energie AG, die über ihre Tochtergesellschaft Arnold ebenfalls im Geschäft mit Elektroinstallationsfirmen tätig ist. «Bei der Arnold AG wurde keine Hausdurchsuchung durchgeführt», sagte BKW-Sprecher Sebastian Vogler.

### Verbände im Visier

Warum das Sekretariat des kantonalen Verbandes ebenfalls von der Hausdurchsuchung betroffen ist, ist unklar. Seitens der Weko heisst es, der Verband habe eine gewisse, wohl aber

nicht die entscheidende Rolle gespielt. Verbandspräsident Jürg Jungi weist die von der Weko erhobenen Vorwürfe zurück: «Der Verband diktiert keine Preise. Auf dem Platz Bern gibt es rund 70 Elektroinstallationsfirmen. Die Konkurrenz ist entsprechend hart», erklärt er. Jedes Unternehmen mache seine Preiskalkulation für sich selbst. Jungi betont, dass die von ihm geführte Firma Nyffeler-Kästli in Bern von der Untersuchung nicht betroffen sei.

Wie Corazza weiter ausführte, haben mehrere der verdächtigten Unternehmen bei der Hausdurchsuchung «die Sachen auf den Tisch gelegt». Die Weko-Beamten können bei einer Hausdurchsuchung den betroffenen Firmenchefs anbieten, eine sogenannte Bonusmeldung zu machen. Dabei handelt es sich nicht um ein Schuld eingeständnis.

Bei einer Verurteilung können aber die Beschuldigten, die eine solche Meldung gemacht haben, mit einer milderen Sanktion rechnen. Dieses Instrument steht der Weko seit 2004 zur Verfügung.

## Ortskerne in Gefahr

Die Stiftung Landschaftsschutz warnt vor dem Zerfall historischer Ortsbilder in der Schweiz. Wenn immer häufiger am Rande von Siedlungen gebaut werde, drohe eine Entleerung der Ortskerne.

Ortskerne könnten nur erhalten werden, wenn sie genutzt würden und Menschen in ihnen lebten, schrieb die Stiftung Landschaftsschutz gestern in einer Mitteilung.

### Standortqualität fördern

Die Standortqualität von Ortskernen und Altstädten müsse gefördert werden – etwa durch sanfte Sanierungen und Komfortverbesserungen. Zudem müssten die Regeln der Raumplanung verschärft werden, damit Einfamilienhäuser nicht primär in peripheren Gebieten entstünden. So verschwinde die Bevölkerung allmählich aus den Ortskernen. Dies geschehe vor allem in voralpinen Gebieten wie etwa dem Emmental. «Zahlungskräftige Steuerzahler werden durch moderne Neubausiedlungen ausserhalb des Dorfkerns angezogen», sagt Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der SL. Besser wären nach Rodewalds Ansicht eine Verbesserung und Renovation bestehender Substanz.

### Moudon als Beispiel

Die Architektur müsse sich vermehrt um Restrukturierung, Renovation und Umnutzung kümmern, fordert die SL. Gemeinden müssten durch gezielte Qualitätsverbesserungen das Wohnen im historischen Kern propagieren. Als Beispiel für ein solches Vorgehen nennt Rodewald die Waadtländer Gemeinde Moudon. Ausserdem droht gemäss der Stiftung vor allem in der Gotthardregion, im Tessin und im Oberwallis eine Unternutzung. In Gebieten, die stark vom Durchgangsverkehr betroffen sind, müssten die Verkehrsemissionen reduziert werden, damit Ortsbilder erhalten bleiben. *sda*